

Arbeitsangebot und Wanderungen nach der Vereinigung

von Ralf Ulrich

Die Währungs- und Wirtschaftsunion im Sommer 1990 war der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Sie durchbrach auf einen Schlag die jahrzehntelange relative Abschottung der ostdeutschen Wirtschaft vom Weltmarkt. Die rasche Integration der ost- und westdeutschen Gütermärkte war die Initialzündung für den langwierigen Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Wiedervereinigung. Das Zusammenwachsen der beiden Arbeitsmärkte gehört dabei zu den schwierigsten Aufgaben. In den zwei Jahren nach der Währungs- und Wirtschaftsunion haben sich für die beiden deutschen Arbeitsmärkte sowohl Prozesse der Integration wie auch gegensätzliche Entwicklungen vollzogen.

Die Gegensätzlichkeit wird besonders bei der Entwicklung der Beschäftigung deutlich. In Westdeutschland hat die Öffnung des ostdeutschen Gütermarktes eine forcierte Fortsetzung der seit 1983 anhaltenden Beschäftigungsexpansion ermöglicht. 1990 und 1991 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um jeweils knapp 3% und damit insgesamt um 1,5 Mio. Beschäftigte. Einen Zuwachs in dieser Größenordnung hat es in den letzten dreißig Jahren nicht gegeben. In Ostdeutschland ist die Beschäftigung seit 1990 um mehr als 2 Mio. zurückgegangen.

Parallel zu der gegenläufigen Beschäftigungsentwicklung wachsen die beiden deutschen Teilarbeitsmärkte jedoch qualitativ in verschiedener Hinsicht zusammen. Die Übernahme des institutionellen Regelwerkes des westdeutschen Arbeitsmarktes ist grundsätzlich abgeschlossen, auch wenn in Ostdeutschland noch einige Übergangsregelungen gelten. Die Entstehung eines gesamtdeutschen Gütermarktes setzte die Angleichung der Lebenshaltungskosten in Gang. Der Druck auf eine Annäherung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau

wurde durch verschiedene politische und psychologische Faktoren verstärkt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit und andere öffentliche Transfers nach Ostdeutschland schaffen weitere Interdependenzen zwischen den beiden Teilarbeitsmärkten.

Als ein wesentliches Moment der Integration hat sich in den letzten zwei Jahren die Arbeitskräftemobilität erwiesen. Pendler und Fortzüge nach Westdeutschland haben beträchtlich zur Entlastung des ostdeutschen Arbeitsmarktes und zur Erhöhung des Arbeitsangebots in Westdeutschland beigetragen. Wanderungen und Pendler in die entgegengesetzte Richtung sind demgegenüber quantitativ noch gering, jedoch im Ansteigen begriffen.

Das Arbeitsangebot in Westdeutschland ist in dieser Zeit aber auch durch Außenwanderungen beträchtlich erhöht worden. Das betrifft sowohl zugewanderte Aussiedler wie auch ausländische Arbeitnehmer. Seit Mitte 1991 läßt die Beschäftigungsexpansion in Westdeutschland spürbar nach. Offenbar verlieren die spezifischen Bedingungen des Einigungsbooms für den westdeutschen Arbeitsmarkt jetzt zunehmend an Bedeutung. Setzt sich der Zuwachs des Arbeitsangebots auch bei sinkender Arbeitsnachfrage fort, so könnte dies die Konkurrenz auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt erhöhen.

Dem kann zunächst entgegengehalten werden, daß die sinkende Arbeitsnachfrage wesentlich auch das Arbeitsangebot beeinflussen wird. Es wäre denkbar, daß unter diesen Bedingungen der Zustrom von Pendlern und Zuwanderern aus Ostdeutschland zurückgeht. Dies muß jedoch nicht zwingend eintreffen, bedenkt man die ständigen Eintritts- und Austrittsvorgänge auf dem Arbeitsmarkt. Möglich wären auch Verdrängungsprozesse, bei denen Zuwanderer freiwerdende Arbeitsplätze besetzen, und damit für Einheimische den Abgang aus der Arbeitslosigkeit erschweren. Voraussetzung dafür wäre jedoch ein Konkurrenzvorteil der Zuwanderer. Dieser könnte auf dem Gebiet der Qualifikation liegen, jedoch auch die Bereitschaft beinhalten, Löhne unter dem Tarifniveau zu akzeptieren oder in stärkerem Maße Überstunden zu leisten. Eine verstärkte Arbeitsmarktkonkurrenz wäre besonders zwischen verschiedenen Gruppen von Zuwanderern, aber auch zu ausländischen Arbeitnehmern und Problemgruppen des westdeutschen Arbeitsmarktes denkbar.

Dieser Artikel untersucht den Beitrag von Binnen- und Außenwanderungen zur Erhöhung des Arbeitsangebots auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. In einem ersten Abschnitt wird analysiert, was die wichtigsten Komponenten dazu beigetragen haben. Die folgenden Abschnit-

te untersuchen arbeitsmarktrelevante Merkmale von Ausländern, Aussiedlern, sowie von Pendlern und Zuwanderern aus Ostdeutschland. Die Charakteristik dieser Gruppen gibt Anhaltspunkte für die Beurteilung ihres zukünftigen Beitrags zum Arbeitsangebot und für die Frage nach einer zunehmenden Verdrängungskonkurrenz zwischen ihnen.

1. Entwicklung des Arbeitsangebots seit 1990

Das Arbeitsangebot hat sich seit 1990 in beiden Teilen Deutschlands in entgegengesetzte Richtungen entwickelt. Während es in Ostdeutschland sank, ist es in Westdeutschland 1990 gegenüber dem Vorjahr um 675.000 Personen und 1991 um 776.000 Personen gestiegen (Konzept nach dem Beschäftigungsort). Dieser Zuwachs resultierte vor allem aus Wanderungen. Tabelle 1 zeigt nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), wie verschiedene Komponenten zur Entwicklung des Arbeitsangebots beigetragen haben.¹ Dabei enthält der obere Teil der Tabelle Veränderungen gegenüber dem Vorjahr und der untere Teil Bestandsgrößen im Jahresdurchschnitt.

Die demographische Komponente ergibt sich aus der Differenz zwischen den Zugängen aus dem Schulsystem und den altersbedingten Abgängen aus dem Erwerbspersonenpotential. Sie ist seit längerem für die deutsche Bevölkerung negativ. Für die Ausländer nehmen die demographisch bedingten Zuwächse zu den Erwerbspersonen zu. Sowohl bei Deutschen wie bei Ausländern erhöht die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen das Arbeitsangebot. Diese Verhaltenskomponente konnte in ihrer Größenordnung jedoch den demographisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots nicht ausgleichen.

Der Zuzug von Aussiedlern hat in den letzten beiden Jahren zusammen mehr als 350.000 zusätzliche Erwerbspersonen auf den westdeutschen Arbeitsmarkt gebracht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für viele Aussiedler der Eintritt ins Erwerbspersonenpotential durch berufliche Weiterbildungskurse und Sprachlehrgänge zunächst verschoben wird. Zwar sind 1991 100.000 Aussiedler weniger nach Deutschland gekommen als im Vorjahr. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird jedoch zunächst nicht im gleichen Maße zurückgehen.

1 Vgl. dazu auch: Arbeitsmarkt 1991; Bach/Brinkmann/Kohler/Spitznagel 1990; Bach/Bogai/Kohler u.a. 1991.

Tabelle 1: Schätzungen des IAB zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Westdeutschland

Vorjahresveränderungen in 1000	1990	1991
<i>Arbeitsangebot nach dem Wohnort</i>	600	478
Deutsche	466	228
Ausländer	134	250
<i>darunter:</i>		
Demographische Komponente (ohne Wanderungen)	-106	-106
Deutsche	-130	-133
Ausländer	24	27
Verhaltenskomponente	99	93
Deutsche	91	84
Ausländer	8	9
Wanderungen	636	538
Deutsche	534	324
Aus Zuzügen von Aussiedlern	205	154
Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	329	170
Ausländer	102	214
Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuwanderung	72	100
Aus Asylzuwanderungen	30	114
Sonstiges, Deutsche	-29	-47
<i>Pendlersaldo</i>	75	298
Deutsche	75	292
Ausländer	0	6
<i>Arbeitsangebot nach dem Beschäftigungsort</i>	675	776
Deutsche	541	520
Ausländer	134	256
<i>memo: Bestandsgrößen, jahresdurchschnittlich in 1000</i>		
Pendlersaldo mit Ostdeutschland	75	357
Auspendler in das Ausland	162	152
Einpendler aus dem Ausland	56	82
Zuzug von Aussiedlern	397	204
Zuzug aus Ostdeutschland	350	200
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asyl)	150	150
Asylzuwanderungen	193	254
Zusammengestellt und errechnet nach Schätzungen des IAB in: Bach/Bogai/Kohler u.a. 1991; Bach/Brinkmann/Kohler/Spitznagel 1990.		

Zuzüge aus Ostdeutschland haben für den westdeutschen Arbeitsmarkt seit 1989 mehr zum Wachstum des Arbeitsangebots beigetragen, als die Zuzüge von Aussiedlern oder Ausländern. Auch hier lag zwischen der Zuwanderung und ihrem Wirksamwerden für den Arbeitsmarkt eine zeitliche Verschiebung. So traten viele Übersiedler des Jahres 1989 erst 1990 auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung.

Auch die Zuwanderung von Ausländern hat in den letzten beiden Jahren das Arbeitskräfteangebot erhöht. Dazu haben 1991 in stärkerem Maße auch Asylbewerber beigetragen. Das widerspiegelt sowohl die stark gestiegenen Bewerberzahlen, wie auch den Wegfall der Wartezeit für den Zugang zum Arbeitsmarkt seit dem 1. Juli 1991. Insgesamt ist das Arbeitskräfteangebot nach dem Wohnortprinzip 1990 um 600.000 Personen gegenüber dem Vorjahr gestiegen und 1991 um 478.000 Personen.

Für das Arbeitskräfteangebot nach dem Beschäftigungsort kommen zusätzlich die Veränderungen durch Pendler² hinzu. An dem Pendler-saldo mit dem Ausland hat sich seit der Vereinigung nicht viel verändert. Die Zahl der deutschen Auspendler ist geringfügig zurückgegangen und die Zahl der Einpendler geringfügig gestiegen. Beides widerspiegelt die zusätzlichen Wachstumsimpulse aus dem Vereinigungsprozeß. Demgegenüber hat der Zustrom von Pendlern aus Ostdeutschland eine andere Dimension. Für 1991 wurden im Jahresdurchschnitt 357.000 ostdeutsche Pendler geschätzt, für Anfang 1992 500.000 Pendler. Damit sind Pendler aus Ostdeutschland die Gruppe mit dem größten Zuwachs auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Pendler und Zugewanderte aus Ostdeutschland zusammen haben 1991 knapp 60% der Erhöhung des Arbeitskräfteangebots auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt beigetragen.

Die Entwicklung des Arbeitsangebots in Ostdeutschland ist vor allem durch die akute Beschäftigungskrise und die aktive Arbeitsmarktpolitik bestimmt worden. In Ostdeutschland ist die Zahl der Beschäftigten von 1989 bis 1991 um 2,5 Mio. zurückgegangen. Auch im Sommer 1992 ist die Talsohle des Abbaus von Arbeitsplätzen offenbar noch nicht erreicht. So rechnet beispielsweise Bernd Hof (1992) mit einem Rückgang um insgesamt knapp 4 Mio. bis Ende 1992. Damit wären

2 Nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden nur die Pendler erfaßt, die auch am Beschäftigungsort bezahlt werden. Danach werden sowohl Leiharbeiter aus dem Osten als auch ein großer Teil der West-Ost-Pendler nicht erfaßt.

zwei von fünf Arbeitsplätzen weggefallen. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war ein unter planwirtschaftlichen Bedingungen künstlich überhöhtes Beschäftigungsniveau, verbunden mit einem beträchtlichen Anteil verdeckter Arbeitslosigkeit (Gürtler/Ruppert/Vogler-Ludwig 1990). Grundsätzlich war also mit dem Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ein Rückgang der Beschäftigung unvermeidbar. Er ist durch die rasche Integration der ost- und westdeutschen Gütermärkte nach der Währungs- und Wirtschaftsunion beschleunigt worden. Bereits vor der Währungsunion im Sommer 1990 brachte die Öffnung der Grenze der westdeutschen Wirtschaft Nachfrageimpulse. Nach der Währungsunion wandten sich viele ostdeutsche Konsumenten von einheimischen Produkten ab und westdeutschen oder importierten Produkten zu. Viele ostdeutsche Industrieprodukte erwiesen sich als unverkäuflich, sobald sie der Konkurrenz westlicher Erzeugnisse ungeschützt gegenüberstanden. Zwischen dem Verlust der Absatzmärkte für große Teile der ostdeutschen Wirtschaft und der wachsenden Inlandsnachfrage in Westdeutschland besteht ein direkter Zusammenhang.

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik haben die Beschäftigungskrise bisher zu einem großen Teil sozial abfedern können. So ermöglichten Vorruhestand und Altersübergangsgeld 1990/91 mehr als 500.000 älteren Arbeitnehmern den vorzeitigen Austritt aus dem Erwerbsleben. Durch das Auslaufen einiger Regelungen kann man erwarten, daß die Zahl der jährlich in den Ruhestand tretenden Arbeitnehmer in den nächsten Jahren sinken wird. Das IAB schätzt, daß bereits 1991 die Zahl der in das Erwerbsleben hineinwachsenden Jugendlichen um 44.000 größer war, als die entsprechenden Abgänge in Rente (vgl. Tabelle 2). Sieht man vom Vorruhestand und eventuellen Verlängerungen der Altersübergangsregelungen ab, so würde in Ostdeutschland vorübergehend eine demographisch bedingte Erhöhung des Arbeitsangebotes eintreten.

Insgesamt ist das Arbeitsangebot nach dem Beschäftigungsortkonzept in Ostdeutschland 1990 um 787.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und 1991 um 947.000. Die Arbeitskräftemobilität in Richtung Westdeutschland hat den ostdeutschen Arbeitsmarkt bisher wesentlich entlastet. Hof (1992) schätzt eine Entlastung um über 1 Mio. Personen seit 1989. Für 1990 und 1991 haben Fortzüge nach Westdeutschland und Pendler zusammen jeweils die Hälfte der Verringerung des Arbeitsangebotes ausgemacht.

Die hohe Arbeitskräftemobilität von Ost- nach Westdeutschland ist eine Folge der raschen Integration der Gütermärkte und ein wesentlicher Faktor des Zusammenwachsens der beiden Arbeitsmärkte. Dem Nachfrageverlust der ostdeutschen Wirtschaft stand ein Nachfrageimpuls für Westdeutschland gegenüber. Dadurch wurde mit Bezug auf die Arbeitskräftemobilität sowohl ein Push- wie auch ein Pull-Effekt ausgelöst. Die quantitative Dimension der Ost-West-Arbeitskräftemobilität ist groß genug, um auch den westdeutschen Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Sie wird mit Sicherheit auch die zukünftige Situation ausländischer Arbeitnehmer und zugezogener Aussiedler auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt berühren.

Tabelle 2: Schätzungen des IAB zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Ostdeutschland

Vorjahresveränderungen in 1000	1990	1991
<i>Arbeitsangebot nach dem Wohnort</i>	-719	-658
Verringerung durch Vorruhestand	-180	-220
Verringerung durch Altersübergangsgeld	-10	-179
demographische Restkomponente		44
Teilnahme an Fortbildung und Umschulg.	-5	-115
Abwanderungen nach Westdeutschland	-359	-173
Übriges	-165	-15
<i>Pendlersaldo Westdeutschland</i>	-68	-357
<i>Arbeitsangebot nach dem Beschäftigungsort</i>	-787	-947
<i>memo: Bestandsgrößen, jahresdurchschnittlich in 1000</i>		
Erwerbstätige	8831	7211
registrierte Arbeitslose	240	913
Kurzarbeiter	758	1616
Vorruhestand	180	365
Altersübergangsgeld	10	189
Teilnehmer an Fortbildung und Umschulung	5	120

Quelle: Schätzungen des IAB in: Blaschke/Buttler u.a. 1992.

2. Ausländische Arbeitnehmer

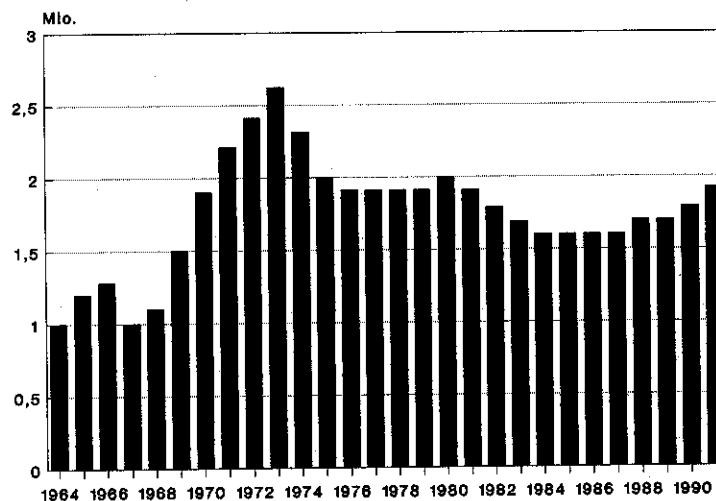
Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat in Deutschland eine längere Tradition. In den letzten Jahren ist die Zuwanderung aus den klassischen Herkunftsländern der Gastarbeiter durch weitere Herkunftsregionen ergänzt worden.

So ist der Anteil von Zuwanderern aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, erheblich gestiegen. 1989 entfiel mehr als ein Drittel aller Zuzüge von Ausländern auf Polen, 1990 immer noch knapp ein Viertel. Polen ist mit über 200.000 Zuzügen 1990 das wichtigste Herkunftsland. Mit dem starken Anstieg der Asylbewerbungen in der Bundesrepublik ist der Anteil außereuropäischer Herkunftsregionen gestiegen. Demgegenüber hat sich der Anteil von Zuzügen aus anderen EG-Staaten in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Er lag 1990 bei nur noch 14% der Zuzüge von Ausländern.

Die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer gehört immer noch zu den klassischen Gastarbeiter-Nationalitäten. Die Dynamik der Ausländerbeschäftigung in den letzten 30 Jahren gibt erste Aufschlüsse über die Position von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt. Zu einem starken Anstieg der Ausländerbeschäftigung kam es in den sechziger Jahren (vgl. Abbildung 1). In den fünfziger Jahren konnten die Integration der Vertriebenen und die Zuwanderung von Übersiedlern aus der DDR den rasch wachsenden Arbeitskräftebedarf befriedigen. Nach dem Bau der Mauer 1961 war der Zustrom von Arbeitskräften unterbrochen. Deshalb wurde die Anwerbung von Gastarbeitern aus dem Ausland forciert. Bis 1966 war die Zahl ausländischer Arbeitskräfte auf 1,3 Mio. gestiegen, ihr Anteil an allen Arbeitnehmern auf 6,3%.

Während der Rezession 1967 verringerte sich die Ausländerbeschäftigung in einem Jahr um ein Viertel. Ab 1968 setzte sich die Ausweitung der Ausländerbeschäftigung jedoch wieder verstärkt fort. Auf dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung 1973 waren 2,6 Mio. Gastarbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt. Das waren knapp 11,9% aller Arbeitnehmer. In der Rezession nach 1973 sank die Beschäftigung von Ausländern überproportional. Nach 1983 setzte in der Bundesrepublik ein allgemeiner Beschäftigungsaufschwung ein. Für die Ausländer waren die Wirkungen dieses Aufschwungs jedoch erst verzögert ab 1987 zu spüren. 1991 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer erst das Niveau des Tiefpunktes der siebziger Jahre (1978) erreicht.

Abbildung 1: Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik



Daten: Statistisches Jahrbuch der BRD.

Bereits bei der Rezession 1967 verloren ausländische Arbeitnehmer schneller ihren Arbeitsplatz als Deutsche. Dieses Muster hat sich bis heute fortgesetzt. In der Aufschwungphase Ende der sechziger Jahre wurden jedoch verstärkt ausländische Arbeitnehmer eingestellt. Das hat sich seit den siebziger Jahren verändert. Ausländische Arbeitnehmer partizipieren seitdem in Aufschwungphasen zu einem geringeren Anteil am Beschäftigungsaufschwung als Deutsche. Ihr Anteil an allen Beschäftigten ist dementsprechend auf 8% 1991 gesunken. Die Arbeitslosenrate der Ausländer ist seit 1974 höher als die der Deutschen.

Die Bundesregierung reagierte auf die veränderte Beschäftigungssituation nach der Rezession von 1973 zunächst mit einer Erhöhung der Vermittlungsgebühren für ausländische Arbeitnehmer und im November 1973 mit dem Anwerbestopp. Damit war die Arbeitsaufnahme von Arbeitskräften aus Nicht-EG-Ländern im Regelfall nicht mehr möglich. Der Anwerbestopp hatte einige unerwartete Wirkungen, und er förderte einen Wandel im Charakter der Ausländerbeschäftigung. Deshalb werden die Rezession von 1973 und der Anwerbestopp auch als Wendepunkt in der Ausländerbeschäftigung betrachtet (Herrmann 1992, S. 14).

Am Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte war der temporäre Charakter ihrer Beschäftigung allgemeiner Konsens. Die Rotation der ausländischen Arbeitnehmer wurde auch von den Entsendeländern mit Blick auf den Transfer von Qualifikationen als Vorteil gesehen. In den ersten Jahren kamen fast nur jüngere Erwerbspersonen und kaum Familienangehörige nach Deutschland. Die Rückkehrabsichten der ausländischen Arbeitnehmer wurden bereits während ihres Aufenthaltes in hohen Heimatüberweisungen, regelmäßigem Heimaturlaub und anderen Konsum- und Spargewohnheiten deutlich (Herrmann 1992, S. 10). Die Flexibilität der Ausländer zeigte sich auch in ihrer Reaktion auf konjunkturelle Einbrüche. So waren in der Rezession von 1967 viele arbeitslose Ausländer zeitweise in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Nach dem Anwerbestopp war eine *zeitweise* Rückkehr für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern nicht mehr möglich. Deshalb blieb ein größerer Teil der Ausländer auch bei Arbeitslosigkeit in Deutschland und beantragte Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Die Unsicherheit über die zukünftigen Möglichkeiten des Zuzugs nach Deutschland verstärkte den Nachzug von Familienangehörigen nach Deutschland. Damit stieg der Anteil von Frauen und Kindern an der ausländischen Bevölkerung. Die Erwerbsquote der Ausländer näherte sich der der Deutschen an. Es kam aber auch zu einer Verschiebung in der Altersstruktur ausländischer Arbeitnehmer, mit einem wachsenden Anteil älterer Arbeitskräfte (Ausländerbeschäftigung 1991, S. 1481). Zugleich wurde seit Mitte der siebziger Jahre erkennbar, daß eine zunehmende Zahl von Ausländern für eine längere Zeit in der Bundesrepublik bleiben wollte. Das ging sowohl aus Befragungen, wie auch aus geänderten Konsum- und Spargewohnheiten hervor.

Der Übergang von einem kurzfristigen Rotationssystem zu einem dauerhaften Aufenthalt läßt sich an der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer ablesen. Noch 1973 war die Hälfte der Ausländer für weniger als vier Jahre in der Bundesrepublik und nur 16% länger als zehn Jahre. 1989 sind demgegenüber 60% der Ausländer schon seit mehr als zehn Jahren hier. Bemerkenswert ist die Verschiebung in der Struktur der Nationalitäten. So kamen 1973 47% der ausländischen Arbeitnehmer aus EG-Staaten. Der Anwerbestopp erschwerte vor allem den Zuzug von Ausländern aus Nicht-EG-Ländern. Trotzdem ist die Zahl der Nicht-EG-Ausländer nach dem Anwerbestopp erheblich gestiegen. 1991 machten Ausländer aus EG-Staaten nur noch ein Viertel aller Ausländer in der Bundesrepublik aus. Allein die Türken haben mit 30%

einen höheren Anteil an den Ausländern. Zum Wachstum der ausländischen Bevölkerung und zur Verschiebung in der Nationalitätenstruktur haben wesentlich auch die Geburten von Ausländern beigetragen.

Durch den Familiennachzug, durch das Hineinwachsen von jugendlichen Ausländern in das arbeitsfähige Alter, durch den Zuzug von Asylbewerbern und durch Ausnahmen zum Anwerbestopp wächst das ausländische Erwerbspersonenangebot in der Bundesrepublik bis heute weiter an. Wie in anderen Ländern auch, bedarf die Beschäftigung von Ausländern in der Bundesrepublik einer Arbeitserlaubnis. Dieses Instrument sollte ursprünglich das sogenannte Inländerprimat, die vorrangige Beschäftigung von Inländern, durchsetzen.³ Mit Blick auf den faktischen Aufenthaltsstatus vieler Ausländer in der Bundesrepublik hätte die Durchsetzung eines Inländerprimats heute wenig Legitimität. De facto hat die Arbeitserlaubnis aber auch eine potentielle Steuerungsfunktion verloren. Mehr als 90% der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer haben entweder als Angehörige von EG-Staaten oder durch längeren Aufenthalt einen »bevorrechtigten« Status erworben, der sie deutschen Arbeitnehmern gleichstellt. Die Zahl der erteilten Arbeitserlaubnisse ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, von 495.000 1989 auf 926.000 1991. Darunter waren in diesen drei Jahren zusammen allein 975.000 Arbeitserlaubnisse zur erstmaligen Aufnahme einer Beschäftigung (Arbeitsmarkt 1991, S. 735). Seit 1. Juli 1991 ist auch für Asylbewerber die Wartezeit für eine Arbeitserlaubnis weggefallen.

Obwohl ausländische Arbeitnehmer Deutschen auf dem Arbeitsmarkt gleichgestellt sind, ist ihre faktische Position durch einige spezifische Merkmale gekennzeichnet. Der Anteil ungelernter und angelernter Arbeitskräfte ist bei Ausländern wesentlich größer als bei Deutschen. Daten des Sozioökonomischen Panels zeigen, daß 1991 56% der ausländischen Erwerbstätigen in un- oder angelernten Positionen tätig waren (vgl. Tab. 5). Bei Deutschen lag der entsprechende Anteil bei nur 16%. Der Anteil von Angestellten ist bei Ausländern in den letzten zwanzig Jahren leicht gestiegen. Er liegt aber immer noch deutlich niedriger als bei Deutschen.

3 Die Regelungen zum Aufenthaltsrecht von Ausländern und zur Arbeitserlaubnis lehnten sich bis vor wenigen Jahren wesentlich an Verordnungen von 1933 und 1938 an. Beide Komponenten sind mit der Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. Juli 1990 und der Neufassung der Arbeitserlaubnisverordnung neu bestimmt worden.

Seit den sechziger Jahren gibt es deutliche Schwerpunkte der Ausländerbeschäftigung in einigen Wirtschaftsbereichen. Die begrenzten Qualifikations- und Sprachkompetenzen der Gastarbeiter paßten gut zu dem Bedarf der Wirtschaft, unattraktive Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen zu besetzen. Der größte Teil der ausländischen Arbeitnehmer war lange Zeit im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. 1974 waren 63% der Ausländer in diesem Bereich tätig, gegenüber nur 44% der Beschäftigten allgemein. In einzelnen Branchen wie der Eisen- und Metallerzeugung oder dem Straßenfahrzeugbau war der Anteil ausländischer Arbeitskräfte besonders hoch.

Das *Matching* zwischen qualitativen Merkmalen des ausländischen Arbeitsangebotes und einer spezifischen Arbeitsnachfrage wurde jedoch auch von dem allgemeinen sektoralen Strukturwandel beeinflusst. In der Bundesrepublik setzte sich nach dem zweiten Weltkrieg die Umschichtung vom primären in den sekundären Sektor in einer weiteren Umschichtung in Richtung des tertiären Sektors fort. Dieser Wandel zu einer nachindustriellen Beschäftigungsstruktur hat sich auch in anderen industrialisierten Staaten vollzogen. Er läßt sich anhand der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1974 nachvollziehen (vgl. dazu auch Dietz 1988). So hat das Verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik von 1974 bis 1991 knapp 500.000 Arbeitsplätze, das Baugewerbe noch einmal weitere 360.000 Arbeitsplätze verloren. Diese Verluste sind jedoch durch die Schaffung von 2 Mio. zusätzlichen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich, 360.000 Arbeitsplätzen im Handel, sowie weiteren Arbeitsplätzen in anderen Bereichen kompensiert worden. Auch innerhalb der Wirtschaftsbereiche haben sich beträchtliche Umschichtungen vollzogen. So konnten z.B. einzelne Branchen des Verarbeitenden Gewerbes die Beschäftigung ausdehnen. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um 2,2 Mio. gestiegen.⁴

Die ausländischen Arbeitnehmer sind überdurchschnittlich stark von den Freisetzungsprozessen erfaßt worden, konnten aber nur in geringerem Maße an den neu geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten partizipieren. So ging die Beschäftigung von Ausländern im Verarbeitenden Gewerbe um 519.000 und im Baugewerbe um weitere 137.000 Arbeitskräfte zurück. Demgegenüber konnten jedoch nur 124.000 Ausländer eine Arbeit im Dienstleistungsgewerbe finden. Insgesamt sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer in diesem Zeitraum um 489.000.

4 Berechnung nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Segment 2162.

Der Prozeß der Umschichtung der Beschäftigungsverhältnisse ist durch die Struktur nach Wirtschaftsbereichen nur teilweise erfaßt. Andere Dimensionen des strukturellen Beschäftigungswandels sind Qualifikation und Stellung im Beruf. Der Übergang zu Arbeitsplätzen mit höheren Qualifikationsanforderungen hat sich einerseits innerhalb einzelner Branchen vollzogen. Andererseits war auch die Umschichtung zwischen den Branchen oft mit höheren Qualifikationsanforderungen verbunden. Allein von 1977 bis 1986 ist die Zahl der niedrig qualifizierten Arbeiter um 528.000 zurückgegangen. Demgegenüber hat die Zahl der Angestellten mit Berufsausbildung um 1,2 Mio. zugenommen (Dietz 1988, S. 132). Die ausländischen Arbeitnehmer mußten starke Beschäftigungsverluste vor allem in der Gruppe der Arbeiter ohne Facharbeiter-Abschluß hinnehmen. Bei Angestelltenverhältnissen konnten sie demgegenüber in diesem Zeitraum nur 20.000 Arbeitsplätze gewinnen.

Der strukturelle Beschäftigungswandel in der Bundesrepublik untergräbt also zunehmend das *Matching*, welches die Expansion der Ausländerbeschäftigung bis Anfang der siebziger Jahre ermöglichte. Bei diesem Wandel handelt es sich um einen säkularen Prozeß, der sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Er setzt sich vor allem in konjunkturellen Abschwungphasen durch. Gelingt es den ausländischen Arbeitnehmern nicht, sich diesem Wandel durch fachliche und sprachliche Qualifizierung anzupassen, so werden sie weitere Beschäftigungseinbußen hinnehmen müssen. Dies gilt zumindest für die erste Generation der Gastarbeiter. Offensichtlich ist die Anpassung an die veränderte Arbeitsnachfrage aber auch für die zweite Generation von Ausländern in der Bundesrepublik schwierig. Zumindest legt dies die hohe Jugendarbeitslosigkeit unter Ausländern nahe.⁵ Die zukünftige Beschäftigungsentwicklung für Ausländer wird aber auch von der Entwicklung des deutschen Erwerbsangebots abhängen.

3. Zuzug von Aussiedlern

Ende der achtziger Jahre kam es zu einem starken Anstieg des Zuzugs von Aussiedlern aus Osteuropa. In den vierzig Jahren zuvor war die Wanderungsbereitschaft der deutschen Minderheit durch die Ausreise-

5 Für die Altersgruppe 20-25 errechnet H.-U. Bach für 1985 eine Arbeitslosenrate von 25% im Bundesdurchschnitt (Bach 1987).

beschränkungen behindert worden. Mit der Liberalisierung unter Gorbatschow fiel dieses Hindernis weg. Allein im Zeitraum von 1988 bis 1991 kamen insgesamt knapp 1,2 Mio. Aussiedler in die Bundesrepublik – soviel wie in den vierzig Jahren vorher.

Auch in den kommenden Jahren wird sich die Aussiedlung fortsetzen. Unter Berücksichtigung von Schätzungen des Roten Kreuzes und anderer Institutionen kann man heute noch mit knapp 3 Mio. weiteren potentiellen Aussiedlern in Osteuropa rechnen. Diese Schätzungen beziehen sich auf Personen deutscher Nationalität. Die Zahl potentieller Aussiedler schließt jedoch eine unbekannte Zahl von Ehepartnern anderer Nationalitäten mit ein. Die Motivation der deutschen Minderheit zur Aussiedlung wird in den nächsten Jahren kaum abnehmen.

Mit der Transformation der maroden Planwirtschaften zu marktwirtschaftlichen Systemen sind zunächst enorme wirtschaftliche und soziale Friktionen verbunden. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist gesunken, die Arbeitslosigkeit steigt schnell. Auslandsverschuldung und makroökonomische Instabilitäten nehmen ebenfalls zu. Der wirtschaftliche Abstand zu Westeuropa wird sich vor einer späteren Angleichung zunächst noch weiter vertiefen. Für die Deutschen kommt zu den ökonomischen Motiven für eine Aussiedlung noch ein Moment der politischen und sozialen Unsicherheit hinzu. In verschiedenen osteuropäischen Staaten ist es nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime zu einem Aufleben nationalistischer und rassistischer Ressentiments, z.B. des Antisemitismus in der GUS, gekommen. Die deutschen Minderheiten fürchten bei einer weiteren Vertiefung der ökonomischen und politischen Krise auch die Möglichkeit anti-deutscher Ausschreitungen. Versuche eines konstruktiven Neuansatzes der Nationalitätenpolitik gegenüber den Deutschen haben bei der allgemeinen Instabilität demgegenüber offenbar nur eine geringe Glaubwürdigkeit. Es gibt aber auch eine starke Verbundenheit mit der alten Heimat.⁶ Mit dem Zuzug von 1,2 Mio. Aussiedlern seit 1988 kann man für die Zukunft verstärkt mit einem Effekt der Kettenmigration rechnen. Einige der zugezogenen Aussiedler werden den Umzug für andere Verwandte vorbereiten. Bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation wird damit sicher auch für ältere Menschen die Entscheidung leichter, die sich jetzt noch nicht von ihrer Umgebung tren-

6 Das Bundesinnenministerium berichtet, daß 150.000 potentielle Aussiedler aus der GUS sich bereits im Besitz eines positiven Aufnahmebescheides befinden, jedoch mit dem Umzug noch zögern.

nen können. Dieser Effekt der Kettenmigration ist aber auch vom Erfolg der jüngsten Aussiedler bei ihrer wirtschaftlichen und sozialen Integration abhängig.

1991 ist der Zuzug von Aussiedlern gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen, auf 220.000 Personen. Dieser Rückgang spiegelt jedoch kein Absinken des Aussiedlungspotentials in Osteuropa wieder. Er ist das vorläufige Ergebnis des seit dem 1.7.1990 geltenden neuen Aussiedleraufnahmegesetzes. Bis dahin fand das Verfahren zur Feststellung des Aussiedler-Status in der Regel nach der Ankunft in der Bundesrepublik statt. Nach dem neuen Verfahren erfolgt die Beantragung jetzt vom Herkunftsland aus. Zugleich ist die Prüfung der deutschen Volkszugehörigkeit nach einigen Mißbrauch- und Täuschungsversuchen jetzt wesentlich gründlicher geworden.⁷ Die Bearbeitungszeit hat sich dadurch erheblich verlängert. Es findet ein Rückstau der Aussiedlungen statt. Angaben des Bundesinnenministeriums berichten von 500.000 vorliegenden Ausreisearträgen zum Jahresende 1991 (Arbeitsmarkt 1991, S. 743).

Die Aussiedler Ende der achtziger Jahre hatten eine jüngere Altersstruktur als die einheimische Bevölkerung in Deutschland. Sollte sich der Aussiedlerzuzug weiter fortsetzen, so werden in stärkerem Maße auch ältere Aussiedler nach Deutschland kommen.

Die Erwerbsquote der heutigen Aussiedler bei ihrer Einreise liegt etwas höher als die der einheimischen Bevölkerung. Sie lag im Durchschnitt 1988-91 bei 52,4%. Für die (deutsche und ausländische) Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik lag sie 1990 bei 47,7%. Dieser Unterschied widerspiegelt jedoch vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern. Dazu gehört die staatliche Förderung der weiblichen Erwerbsbeteiligung, geringere Studentenzahlen und andere Regelungen zum Rentenanspruch. Der Erwerbsstatus der Aussiedler bei Einreise begründet zunächst auch Ansprüche auf Eingliederungsgeld und die Teilnahme an Sprachkursen. Daten zur Erwerbsbeteiligung der Aussiedler nach einigen Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik liegen nicht vor. Einige ältere Aussiedler, die in ihren Herkunftsländern erwerbstätig waren, werden vorzeitig in Rente gehen, insbesondere wenn die Integration in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt sich als sehr schwierig erweist. Das war bereits bei den Vertriebenen in den fünfziger Jahren der Fall. Auch die weibliche Er-

7 Der Antrag auf Aufnahme als Aussiedler umfaßt heute 53 Seiten und verlangt detaillierte Angaben bis zu den Großeltern des Antragstellers und seines Ehepartners.

werbsbeteiligung wird sich wahrscheinlich den Verhältnissen in der Bundesrepublik anpassen.

Die Berufsstruktur der heutigen Aussiedler ist durch die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern, durch spezifische Berufschancen für Deutsche in diesen Ländern⁸ sowie möglicherweise auch durch Selektionswirkungen der Entscheidung zur Aussiedlung geprägt. Tabelle 3 vergleicht die Struktur der 1988-91 zugewanderten Aussiedler nach Hauptberufsgruppen mit der Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Arbeitslosen in der Bundesrepublik 1990.

Tabelle 3: Aussiedler nach Hauptberufsgruppen, 1988-91

	Anteil an den Erwerbspersonen		
	zugewanderte Auss. 1988-91	z. Vergl. Bundesrepublik 1990	
		Beschäftigte	Arbeitslose
Land- u. forstwirtsch. Berufe	3,5	1,4	2,8
Bergbau	2,3	0,5	0,7
Industr.-, u. handw. Berufe	46,7	36,1	37,9
Technische Berufe	6,7	7,0	3,8
Dienstleistungsberufe	38,1	54,8	52,6
ohne Angabe	2,8	0,2	2,2
Insgesamt	100	100	100

Errechnet nach Daten des Bundesausgleichsamtes, Bundesanstalt für Arbeit.

Überrepräsentiert sind im Vergleich zur Beschäftigungsstruktur der Bundesrepublik die für den primären Sektor typischen Berufe, sowie industriell-handwerkliche Berufe. Relativ gute Arbeitsmarktchancen haben die unter den Aussiedlern stärker vertretenen Berufe des Elektrikers, des Schlossers und Mechanikers, sowie Verkehrsberufe. Dies gilt jedoch durchaus nicht für alle Fertigungsberufe. Textil- und Bekleidungsberufe sind unter den Aussiedlern ebenfalls stärker repräsentiert. Für diese Berufe gibt es jedoch auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt eine sinkende Nachfrage und dementsprechend überdurchschnittlich

⁸ In einigen Ländern hatte die deutsche Minderheit begrenzte Chancen für den Aufstieg in bestimmten Berufen.

hohe Arbeitslosenquoten. Das gleiche gilt auch für Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe. Diese Berufsgruppe ist am stärksten unter den Aussiedlern überrepräsentiert. Der Anteil dieser Berufsgruppe (5,7%) sowie auch der Arbeitskräfte ohne Berufsbezeichnung (2,8%) wird durch die Statistiken des Bundesausgleichsamtes jedoch möglicherweise überhöht.⁹

Dienstleistungsberufe sind unter den zugewanderten Aussiedlern mit knapp 31% deutlich unterrepräsentiert. 1990 gehörten 55% der Beschäftigten in der Bundesrepublik zu diesem Bereich. Dienstleistungsberufe mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, wie Dienst- und Kaufleute, Organisationsberufe und Gesundheitsdienstberufe, waren unter den Aussiedlern relativ wenig vertreten. Stärker vertreten als unter den westdeutschen Beschäftigten sind Dienstleistungsberufe wie Körperpfleger, hauswirtschaftliche Berufe, sowie Künstler und geisteswissenschaftliche Berufe.

Wichtige Ausgangsbedingungen für die Arbeitsmarktintegration der Aussiedler sind ihre Qualifikationen und die Beherrschung der deutschen Sprache. Die Qualifikation der heutigen Aussiedler ist schwierig einzuschätzen. Etwa ein Drittel der Aussiedler hat keine abgeschlossene Berufsausbildung; ca. 45% haben eine betriebliche Berufsausbildung von mindestens zwei Jahren (Blaschke 1991, S. 57). Wichtiger als die formalen Abschlüsse sind die tatsächlichen Qualifikationen. In vielen Berufen unterscheiden sich die Qualifikationen der Aussiedler von den entsprechenden Arbeitsplatzanforderungen in der Bundesrepublik. Das ist nicht verwunderlich, bedenkt man den technologischen Abstand zu den Herkunftsländern. Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt berufliche Weiterbildungsmaßnahmen für Aussiedler in wachsendem Maße. Mehr als 40% der 1988-91 als Aussiedler zugewanderten Erwerbspersonen sind bisher in entsprechende Fortbildungs- und Umschulungskurse eingetreten.

Immigranten können das von ihnen mitgebrachte Humankapital in der Regel nur dann auf dem Arbeitsmarkt zur Wirkung bringen, wenn sie die Sprache des Aufnahmelandes beherrschen. Sprachkompetenz spielt eine besondere Rolle für qualifizierte Tätigkeiten und für kommunikationsintensive Handels- und Büroberufe. Die Beherrschung der deutschen Sprache war für die Vertriebenen und die Aussiedler der fünfziger Jahre kein Problem. Das Erlernen der deutschen Sprache ist

⁹ In diese beiden Kategorien wurden Berufsbezeichnungen eingeordnet, die sich nur schwer den anderen Berufskategorien zuordnen ließen.

in einigen osteuropäischen Ländern in der Nachkriegszeit erheblich erschwert worden. Zeitweise wurden die Deutschen sogar bei der Benutzung ihrer Muttersprache diskriminiert. Dementsprechend beherrschen ca. 80% der heutigen Aussiedler ihre Muttersprache schlecht oder überhaupt nicht (Buttler 1991, S. 80).

Die bisherigen Erfahrungen mit der Integration der jüngsten Aussiedlerwelle in den Arbeitsmarkt erlauben nur vorläufige und vorsichtige Schlüsse. Die Arbeitskräftegesamtrechnung (AGR) der Bundesanstalt für Arbeit gibt dafür einige Anhaltspunkte. Die AGR erfaßt Bestände verschiedener Kategorien von Erwerbs- und Nichterwerbspersonen und die Ab- und Zugänge zwischen ihnen (Reyher/Bach 1989). Mit diesem Ansatz kann man erfassen, wieweit Neuzuzüge zu einer Erhöhung der arbeitslosen Aussiedler beigetragen haben und wie Deutschlehrgänge und Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung zeitweise entlastend wirkten. Leider läßt sich die tatsächliche Aufnahme einer Beschäftigung durch arbeitslose Aussiedler aus der AGR nicht eindeutig bestimmen.¹⁰ Das entsprechende Abgangskonto »Sonstige Erwerbspersonen« enthält neben den beschäftigten Aussiedlern auch die Stille Reserve. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die meisten Aussiedler Anspruch auf Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz haben und der Anteil der Stillen Reserve in diesem Konto klein ist (Buttler 1991, S. 102). Der tatsächliche Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung wird deshalb etwas kleiner als die Entwicklung des Kontos »Sonstige Erwerbspersonen« sein.

Tabelle 4 zeigt die Bewegung des Kontos für registrierte arbeitslose Aussiedler in der AGR von 1987 bis 1991. Negative Werte gegenüber anderen Konten bedeuten dabei eine Verringerung der Arbeitslosen zugunsten der jeweiligen Konten.

Nach dem Konzept der AGR werden alle zugezogenen Aussiedler, die als Erwerbspersonen registriert sind, zunächst als Zugang zum Konto »Arbeitslose« erfaßt.¹¹ Der Zugang von Erwerbspersonen ist von 1987 bis 1989 stark angestiegen. 1990 war die Erwerbsquote der zuge-

10 »Nicht bekannt ist, wie schon angedeutet, die Zahl derer, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen (Zugang in Erwerbstätigkeit) und ausüben (Bestand an Erwerbstätigen). Das jeweilige Konto »Sonstige Erwerbspersonen« umfaßt neben den Erwerbstätigen auch die nichtregistrierten Erwerbslosen (Stille Reserve) unter den Aus- und Übersiedlern.« (Reyher/Bach 1989, S. 469).

11 Die Erfassung der Erwerbspersonen in der Bundesanstalt für Arbeit weicht nur geringfügig von den Zahlen des Bundesausgleichsamtes ab.

Tabelle 4: Arbeitskräftegesamtrechnung für Aussiedler, 1987-91

Bewegungen und Bestände des Kontos »Arbeitslose«, in 1000					
	1987	1988	1989	1990	1991
Zugang von Erwerbspersonen					
aus Zuzügen	41,4	104,4	213,8	206,4	116,3
Veränderung, absolut		47,8	-109,0	-209,9	-160,0
Abgang in Weiterbildungsmaßn.	35,0	92,9	190,6	266,6	233,9
Zugang aus Weiterbildungsmaßn.	28,4	46,1	131,7	261,5	259,5
Saldo aus Weiterbildungsmaßn.	-6,6	-46,8	-58,9	-5,1	25,6
Abgang in sonst. Erwerbspersonen	19,8	16,0	113,2	173,4	162,3
Zugang aus sonst. Erwerbspersonen		6,6			
Saldo zu sonst. Erwerbspersonen	-19,8	-9,4	-113,2	-173,4	-162,3
Anfangsbestand Arbeitslose	27,1	42,1	90,4	132,1	160,0
Endbestand Arbeitslose	42,1	90,4	132,1	160,0	139,6
Veränderung, absolut	15,0	48,3	41,7	27,9	-20,4

Daten: Bundesanstalt für Arbeit.

wanderten Aussiedler etwas geringer, dadurch kamen auch absolut weniger Aussiedler auf den westdeutschen Arbeitsmarkt. Mit dem Aussiedlerförderungsgesetz wurden die Programme zur Fortbildung und Umschulung sowie die Deutschkurse erheblich ausgebaut. Dementsprechend absorbierten diese Weiterbildungsmaßnahmen eine zunehmende Zahl von arbeitslosen Aussiedlern. Das wird in dem »Saldo aus Weiterbildungsmaßnahmen« deutlich. Die größte Absorptionwirkung der Weiterbildungsmaßnahmen ist für 1989 mit knapp 59.000 Aussiedlern zu verzeichnen. Diese Entlastungswirkung konnte aber nur temporärer Art sein. Sie sank 1990 auf nur 5000 ab. 1991 gingen erstmals mehr Aussiedler aus Weiterbildungsmaßnahmen ab als zu.

Der Abgang aus Arbeitslosigkeit in das Konto »Sonstige Erwerbspersonen« spiegelt, wie bereits erwähnt, im wesentlichen die Aufnahme von Beschäftigung wider. 1987 und 1988 war die Beschäftigungsaufnahme noch ziemlich gering. Erst 1989 kam es zu einem starken Anstieg auf (maximal) 113.000. Offensichtlich konnten die Aussiedler auch an der Beschäftigungsexpansion im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion und später der Vereinigung partizipieren. Die Beschäftigungsaufnahme der Aussiedler erreichte 1990 mit 173.000 einen vorläufigen Höhepunkt. 1991 ging sie bereits um 7% zurück. Auch hier zeigt sich eine Synchronität mit der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung

in der zweiten Jahreshälfte 1991. Der absolute Rückgang der arbeitslosen Aussiedler 1991 ist also vor allem durch den Rückgang in den Zuzügen bedingt. Während die Erhöhung des Erwerbspotentials durch zugewanderte Aussiedler 1990/91 um 48% zurückging, sank die Zahl der arbeitslosen Aussiedler nur um 20%. Die Arbeitsmarkt-Integration der in den letzten Jahren zugewanderten Aussiedler ist also auch unter den Bedingungen einer starken Beschäftigungsexpansion bisher nur teilweise gelungen.

4. Pendler und Zugewanderte aus Ostdeutschland

Die Übersiedlerwelle 1989 setzte jenen Prozeß in Gang, der zur staatlichen Einheit Deutschlands führte. Abwanderungen in die Bundesrepublik waren für die DDR immer ein sensibles Problem gewesen. Die hohen monatlichen Übersiedlerzahlen Ende 1989 bis Anfang 1990 beschleunigten die Destabilisierung der DDR. Sie gaben ein wesentliches Argument für die rasche Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion.

Für die Übersiedler gab es sowohl politische wie ökonomische Gründe die DDR zu verlassen. Dies bestätigen verschiedene Befragungen von Übersiedlern in der Bundesrepublik. Mit der staatlichen Einheit Deutschlands sind die politischen Gründe für eine Abwanderung nach Westdeutschland weggefallen. Der Unterschied im Einkommensniveau besteht jedoch weiterhin. Die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist heute potentiell ein weiteres Motiv für eine Abwanderung nach Westdeutschland.

Durch die staatliche Einheit Deutschlands haben sich diese Wanderungen formal von Außen- in Binnenwanderungen gewandelt. Bis Mitte 1990 wurden Übersiedler aus der DDR im Bundesnotaufnahmeverfahren registriert und bei ihrer Eingliederung materiell unterstützt. Dieses Verfahren ist seit Juli 1990 eingestellt worden.¹² Die Höhe der Wanderungen ist nach der Währungsunion zurückgegangen. B. Hof

12 Damit ist eine aktuelle und verlässliche Datenquelle abgerissen. Das Zentrale Einwohneramt Berlin (Ost) führt eine Statistik der Fortzüge auf Basis der (freiwilligen) Abmeldungen fort. Die Erstellung der Statistik der Binnenwanderung auf Grundlage des Abgleichs der Länderdaten zu den Anmeldungen ist auf Bundesebene erst zwei Jahre später verfügbar.

(1992) schätzt, daß 1990 netto (Fortzüge-Zuzüge) 360.000 Personen von Ost- nach Westdeutschland umgezogen sind, und 1991 netto 160.000. Diese Dimension wird durch andere Schätzungen bestätigt.

Die Arbeitsmärkte von Ost- und Westdeutschland werden seit 1990 auch zunehmend durch Pendler verbunden. Dazu gibt es bisher keine aktuellen offiziellen Zahlen, sondern nur verschiedene Schätzungen. Auf der Grundlage des Arbeitsmarkt-Monitors für Ostdeutschland wurde für März 1991 eine Quote von 4% ermittelt und eine Zahl von 300.000 Pendlern hochgerechnet. Für Juli 1991 wurden auf der gleichen Grundlage 417.000 Pendler geschätzt, für November bereits 540.000 Pendler (Bach/Bogai/Kohler u.a. 1991, S. 682). Das Sozio-Ökonomische Panel kam für März/April 1991 auf eine Pendlerquote von 4,3% (Scheremet/Schupp 1991, S. 6).

Die Daten des Sozio-Ökonomischen Panels gestatten einige Aussagen zur Struktur der Ost-West-Pendler, sowie punktuell auch einen Vergleich zu westdeutschen und ausländischen Arbeitskräften.¹³ Nur ein Viertel der Ost-West-Pendler waren Frauen. Der Frauenanteil ist aber auch bei den ostdeutschen »Binnenpendlern« wesentlich geringer als bei allen Erwerbstätigen. Die Altersstruktur der Pendler ist überdurchschnittlich jung. Während bei allen Erwerbstätigen in Ostdeutschland 34% älter als 45 Jahre sind, liegt der Anteil dieser Altersgruppe unter den Ost-West-Pendlern nur bei 8%. Der Anteil der Erwerbstätigen unter 25 ist bei den Pendlern fast dreimal so hoch wie bei den Nicht-Pendlern. Im Zusammenhang mit dieser Altersstruktur steht auch der Familienstand: Ledige sind bei den Pendlern deutlich überrepräsentiert. Diese demographischen Merkmale widerspiegeln sowohl das Angebot an Pendlern als auch die Nachfrage-Präferenz für Jüngere auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Von der Angebotsseite her ist die Bereitschaft zu einer räumlichen Trennung von Wohn- und Arbeitsort bei jüngeren Arbeitnehmern größer. 93% der Ost-West-Pendler sind voll erwerbstätig. Teilzeitarbeit und Kurzarbeit spielen hier im Unterschied zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland kaum eine Rolle. Knapp 6% der Pendler sind Auszubildende.

Die Schulbildung der Ost-West-Pendler liegt über dem allgemeinen Durchschnitt in Ostdeutschland. Während knapp jeder dritte Erwerbstätige nur einen Bildungsabschluß unterhalb der 10. Klasse hat, sind es bei den Pendlern nur 12%. Zugleich ist der Anteil von Abiturienten

13 Diese Ergebnisse sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da die Fallzahl relativ gering ist.

Tabelle 5: Stellung im Beruf, Überstunden, Arbeitsverdienst, 1991

	West- deutsche*	Ausländer*	Ost-West- Pendler*	Ostdeut- sche* ¹
<i>Gegenwärtige Stellung im Beruf:</i>				
un-/angelernte Arbeiter	16,4	55,8	20,0	10,6
Facharbeiter	14,7	16,3	36,0	29,9
Vorarbeiter/Meister	3,6	2,1	0,7	3,9
einfache Angestellte	13,0	6,5	12,0	14,7
qualifizierte Angestellte	24,5	4,9	13,3	15,5
hochqualifizierte Angestellte	11,9	2,1	9,3	15,4
Selbständige	8,9	4,8	3,3	5,4
Auszubildende	6,9	7,4	5,3	4,5
<i>Für den aktuellen Arbeitsplatz erforderliche Ausbildung:</i>				
Keine bes. Ausbildung erforderlich	6,5	15,4	4,0	5,7
Kurze Einweisung am Arbeitsplatz	9,2	29,6	12,6	7,8
Längere Einarbeitung im Betrieb	11,2	20,5	11,9	7,3
Lehrgänge, Kurse	7,2	4,3	8,6	6,3
Abgeschl. Berufsausbildung	54,3	28,4	47,7	47,8
Abgeschl. FS- bzw. Ingenieurstud.			9,3	17,0
Abgeschl. HS-Studium	11,7	1,8	6,0	8,2
<i>Arbeit im erlernten Beruf:</i>				
Ja	55,6	27,5	48,7	60,0
Nein	31,3	33,3	43,4	33,2
Derzeit in Ausbildung	6,4	7,4	5,3	4,5
Kein Beruf erlernt	6,6	31,8	2,6	2,3
<i>Überstunden oder Sonderschichten²</i>				
In hohem Umfang	17,4	10,2	22,8	11,3
In gewissem Umfang	55,5	47,6	53,7	49,3
Gar nicht	27,0	42,1	23,5	39,4
<i>Anzahl Überstunden im letzten Monat²</i>				
	20	18	28	21
<i>Bruttoarb.verdienst, letzter Monat, DM²</i>				
	3609	2852	2818	1580
*) jeweils Anteile in Prozent				
1) ohne Ost-West-Pendler				
2) nur vollzeitbeschäftigte Arbeitskräfte				

Daten: Sozioökonomisches Panel, Welle 8 West, Welle 2 Ost.

hier wesentlich höher. Die Struktur nach beruflichen Bildungsabschlüssen zeigt die Selektionswirkung des westdeutschen Arbeitsmarktes nicht ganz so klar. Der Anteil von Arbeitskräften ohne Berufsausbildung ist höher als in Ostdeutschland. Darin sind jedoch auch Auszubildende enthalten. Beschäftigte mit Ingenieur- oder Fachschulabschluß sind demgegenüber leicht unterrepräsentiert.

Nach der aktuellen Stellung im Beruf (vgl. Tab. 5) ist der Anteil von un- und angelernten Arbeitern unter den Pendlern etwas höher als unter westdeutschen Beschäftigten, jedoch deutlich niedriger als bei ausländischen Arbeitnehmern. Der Anteil von Facharbeitern ist bei den Pendlern auffallend hoch. Geringer vertreten sind demgegenüber Angestelltenberufe, insbesondere mit höherqualifizierten Tätigkeiten. Der Anteil von Arbeitskräften, die im erlernten Beruf arbeiten, ist bei den Ost-West-Pendlern geringer als bei den Beschäftigten in Ostdeutschland insgesamt. Offensichtlich sind die in der DDR erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen zum Teil an deren Wirtschafts- und Sozialsystem gebunden und auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt kaum gefragt. Die nur eingeschränkte Übertragbarkeit von Qualifikationen ist ein allgemeines Problem von Zuwanderern. Nach über 40 Jahren getrennter Entwicklung in verschiedenen Systemen ist es kaum verwunderlich, daß die Situation der Pendler und Zugewanderten sich in dieser Hinsicht stark von der westdeutschen Binnenwanderung oder von der Situation von Pendlern innerhalb Westdeutschlands unterscheidet. Die Erfahrungen von hochqualifizierten Zuwanderern in anderen Ländern haben gezeigt, daß eine Übertragung der Qualifikation mitunter erst nach einer Phase der Anpassung gelingt. Die Chancen einer solchen Aufwärtsmobilität für Pendler und Zugewanderte aus Ostdeutschland lassen sich heute noch nicht abschätzen.

Pendler aus Ostdeutschland leisten in stärkerem Maße Überstunden als alle anderen aufgeführten Gruppen. Dieses Bild würde sich möglicherweise etwas relativieren, wenn Pendler unter den anderen Gruppen separat aufgeführt würden. Bemerkenswert ist der Durchschnittsverdienst der Ost-West-Pendler. Er ist fast doppelt so hoch wie bei den anderen ostdeutschen Arbeitnehmern, liegt jedoch unter dem Durchschnitt der ausländischen Arbeitnehmer in Westdeutschland. Berücksichtigt man die Unterschiede zwischen beiden Gruppen in der Stellung im Beruf und bei der für den Arbeitsplatz erforderlichen Ausbildung, so scheinen ostdeutsche Pendler als Anbieter auf dem Arbeitsmarkt hier einen Vorteil zu haben. Einen solchen Vorteil gegenüber Ausländern und Aussiedlern gibt es offenbar auch bei Sprachbeherrschung, all-

gemeinem Bildungsniveau und Berufsausbildung. Für einige Pendler ist das Pendeln ein vorbereitender Schritt für einen Umzug nach Westdeutschland. Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels zeigen, daß die Bereitschaft zu einem Umzug nach Westdeutschland in dieser Gruppe höher ist als in Ostdeutschland allgemein.

5. Schlußfolgerungen

Der westdeutsche Arbeitsmarkt hat in den letzten beiden Jahren eine seit Jahrzehnten nicht erreichte Ausdehnung des Beschäftigungsniveaus erlebt. Sie wurde u.a. durch die Öffnung des ostdeutschen Marktes und den daraus resultierenden Nachfrage-Zuwachs ermöglicht. Dieser Prozeß hatte als Spiegelseite den Zusammenbruch von Teilen der ostdeutschen Wirtschaft, die ohne den Schutz der Mauer ihre Marktpositionen nicht halten konnten.

Mit dem Zusammentreffen von Beschäftigungsrückgang im Osten und Vereinigungsboom im Westen waren sowohl Push- wie auch Pull-Faktoren für die Arbeitskräftemobilität von Ost- nach Westdeutschland gegeben. Pendler und Zuwanderer aus Ostdeutschland haben zusammen 60% zum Wachstum des Arbeitsangebots in Westdeutschland beigetragen. Der Rest wurde im wesentlichen durch die Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern gespeist. Die starke Ausdehnung des Arbeitsangebotes hat einen wesentlichen Abbau der westdeutschen Arbeitslosigkeit in dieser Phase verhindert.

Die Zu- bzw. Abwanderung von ausländischen Arbeitnehmern reagierte in den sechziger Jahren stark auf die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik. Das gilt für die jüngste Zuwanderungswelle von Aussiedlern und Asylbewerbern kaum noch. Sowohl die Dynamik der Ausländerbeschäftigung der letzten Jahrzehnte als auch ihre strukturellen Merkmale bestätigen die vergleichsweise schwache Position von Ausländern auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. In den sechziger Jahren war die im Durchschnitt geringere Qualifikation vieler Gastarbeiter kein bedeutendes Handicap. Sie paßte mit einem spezifischen Arbeitskräfte-Bedarf der deutschen Wirtschaft zusammen. Im Ergebnis des strukturellen Wandels auf dem Arbeitsmarkt gilt dies heute bereits viel weniger. Auch für die jüngste Aussiedler-Welle wurde verschiedentlich vermutet, daß ihre Integration durch den bestehenden Bedarf nach wenig qualifizierten Arbeitskräften wesentlich unterstützt würde.

Nach vorliegenden Daten der Arbeitskräfte-Gesamtrechnung scheint dies aber auch bei den bis jetzt günstigen Bedingungen nur für einen Teil der Aussiedler zu gelten.

Bis heute ist der Unterschied im Lohnniveau ein wichtiger Faktor der Arbeitskräftemobilität von Ost- und Westdeutschland. Dieser Faktor wird bei einer Fortsetzung der raschen Annäherung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau an Bedeutung verlieren. Der zweite wichtige Push-Faktor, die Beschäftigungskrise in Ostdeutschland, wird demgegenüber wahrscheinlich noch länger wirksam sein. Deshalb ist ein weiteres Wachstum des Arbeitsangebots auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt durch Pendler und Zuwanderungen aus Ostdeutschland zu erwarten. Gegenüber ausländischen Arbeitnehmern und Aussiedlern haben ostdeutsche Arbeitskräfte durch Sprachkompetenz und ein im Durchschnitt höheres allgemeines Bildungsniveau auf dem Arbeitsmarkt einen Konkurrenzvorteil. Deshalb kann man in bestimmten Bereichen mit einer Verdrängung ausländischer Arbeitnehmer rechnen. Auch die Voraussetzungen für die Arbeitsmarkt-Integration von Aussiedlern dürften dadurch in den nächsten Jahren nicht einfacher werden.

Literatur

- Arbeitsmarkt 1991 (1992), Arbeitsmarktanalyse für die alten und die neuen Bundesländer, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 5/1992.
- Ausländerbeschäftigung 1980 bis 1990 (1991), Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 10/1991.
- Bach, H.-U. (1987), Entwicklung und Struktur der Ausländerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland seit 1960, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 114, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, S. 144-178.
- Bach, H.-U./Bogai, D./Kohler, H. u.a. (1991), Der Arbeitsmarkt 1991 und 1992 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24. Jg., Heft 4, S. 621-634.
- Bach, H. U./Brinkmann, Ch./Kohler, H./Spitznagel, E. (1990), Zur Arbeitsmarktentwicklung 1990/1991 im vereinigten Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 23 Jg., Heft 4, S. 455-473.

- Blaschke, D./Buttler, F./Karr, W./Klauder, W./Leikeb, H.-P. (1992), Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern – Zwischenbilanz und Herausforderung, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/92.
- Böltken, F. (1992), Ausländer im Westen der Bundesrepublik: Alltagsprobleme, Kontakte und Konflikte, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 481-491.
- Bucher, H./Kocks, M./Siedhoff, M. (1992), Wanderungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland der 80er Jahre, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 501-511.
- Buttler, F. (1991), Aussiedler – Herausforderungen an das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt, Ansatzpunkte für Problemlösungen, in: Joachim Sikora (Hrsg.): Aussiedler als Herausforderung und Auftrag für die deutsche Gesellschaft. Bad Honnef.
- Dietz, F. (1987), Entwicklung und Struktur der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland – Ein Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 114, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, S. 67-143.
- Dietz, F. (1988), Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 21. Jg., Heft 1, S. 115-152.
- Franz, W. (1992), International Migratory Movements: The German Experience, Paper presented at the IAS-IASA-IF Conference on Mass Migration in Europe – Implications in East and West, March 5-7, Vienna.
- Gürtler, J./Ruppert, W./Vogler-Ludwig, K. (1990), Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. München, Studien zur Arbeitsmarktforschung 5, München.
- Gierse, M. (1990), Kurzfristige Arbeitsmarktwirkungen des Zustroms von Aus- und Übersiedlern, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 41, S. 153-167.
- Herrmann, H. (1992), Ausländer: Vom Gastarbeiter zum Wirtschaftsfaktor, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Nr. 173, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Hof, B. (1988), Aussiedler, Asylbewerber und die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bis 1995, in: iw-trends, Institut der deutschen Wirtschaft, 15(4).
- Hof, B. (1992), Beschäftigungsabbau und Arbeitsmarktanpassung im Strukturbruch, in: iw-trends, 3/92, S. 1-14.
- Krause, P. (1992), Angleichsmechanismen in Ostdeutschland, Paper auf dem 26. Deutscher Soziologentag 1992, Düsseldorf, Ad-hoc-Gruppe »Lebensläufe und Wendeerfahrungen«.
- Müller-Hartmann, I. (1992), Zuwanderungen aus Osteuropa und ihre Probleme für die neuen Länder, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 395-404.
- Reyher, L./Bach, H.-U. (1989), Der Potential-Effekt der Zuwanderungen – Eine Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aus- und Übersiedler, in: Mit-

- teilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 4, 22. Jg., S. 468-471.
- Scheremet, W./Schupp, J. (1991), Pendler und Migranten – Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Diskussionpapiere, Nr. 36, November 1991.
- Schmidt, B.B. (1992), Zur Entwicklung der Situation und zur beruflichen Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, S. 405-409.
- Schulz, E. (1991), Die Wanderungen ins Bundesgebiet seit 1984, DIW Diskussionspapiere Nr. 28. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Seifert, W. (1991), Ausländer in der Bundesrepublik – Soziale und ökonomische Mobilität, AG Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, Dezember.
- Stoof, F. (1968), Die Veränderung der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 4/1968.
- Stoof, F./Weidig, I. (1990), Der Wandel der Tätigkeitsfelder und -profile bis zum Jahre 2010, in: Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1.